

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Nachträger 1,40 RM. für die Woche, 6,10 RM. für den Monat.
Durch die Post: 6,10 RM. für den Monat.

Verlagsort: Nr. 22225
„Sozialistischer Verlag“, o. B. m. b. H., Breslau.

Abbestellungspreis: Die gefaltete Millimeterzelle ober dem Raum 0,80 RM., ansonst 0,90 RM.
Stellen- und Anzeigenzettel, Familienanzeigen, Berechnung und Verrechnungsbogen 0,40 RM.
Kellern: Die Millimeterzelle, beigestrichen ober dem Raum für Text 3.- RM.

An das revolutionäre Proletariat!

Männer und Frauen, die Ihr schafft in Stadt und Land!

In erster Stunde ruft Euch die Vereinigte Kom-
munistische Partei, die Führerin des revolutionären,
des proletarischen und klassenbewußten Teiles der deutschen
Arbeiterklasse. Mit großer Mühe hält die Bourgeoisie
noch die durch den wahnwitzigen und verderbenden Weltkrieg
bis auf die äußerste erstickte kapitalistische Gesellschaftsordnung
aufrecht. Mit allen Mitteln unterdrückt und knechtet sie
erkämpfungslos das arbeitende und schaffende Volk. Hunger,
Not und Elend laffen auf den bedrängten Schichten.

Von Tag zu Tag wird es schlimmer.

Die Weltkrise des Kapitalismus stürzt immer weitere Mil-
lionen ins Elend. Wirtschaftlich und finanziell kracht das
kapitalistische System immer mehr in allen seinen Fugen.
Der völlige Zusammenbruch ist klar vorauszu sehen. Hundert-
tausende von Arbeitslosen hungern auf den Straßen.
Millionen von Kurzarbeitern schaffen nur wenige Stunden,
alles der Dividenden, alles der Profitwirtschaft, alles des
Kapitals wegen. Der kapitalistische Wahnsinn feiert Triumphe,
die Wucherer und Schieber sind die Herren der Welt. Die
lachende Bourgeoisie tanzt immer weiter auf dem Vulkan, in
dem Millionen und Abermillionen verkommen. Eine kleine
Clique von Ausbeutern und Räubern versteht es immer noch
ihres Profites, ihres Luxus und Genusses wegen, die bürger-
lich-kapitalistische „Ordnung“ aufrechtzuerhalten.

Mit der formalen Demokratie verdammt man weiter die
ausgebeuteten Volksmassen, wohl wissend, daß diese Demo-
kratie niemals die in Wahrheit bestehende

Diktatur des Kapitals und der Bourgeoisie

erschüttern wird. Die kapitalistischen Räuber wissen nur zu
gut, daß sie den Volksmassen das demokratische Parlament
ohne Gefahr zustehen können, haben sie doch die Schule,
die Kirche, die Presse, den Staatsapparat, die Bürokratie
und das Militär fest in der Hand. So ist in Wahrheit
die Demokratie, einst eine revolutionäre Forderung aller
Sozialisten, heute die sicherste Stütze der kapitalistischen
Gesellschaftsordnung geworden, weil noch Millionen arbeitender
Männer und Frauen unter Führung der bürgerlichen und
scheinsozialistischen Parteien an diese Demokratie glauben,
weil sie nicht erkennen, daß nur die rücksichtslos durch-
geführte

revolutionäre Diktatur des Proletariats

mit der kapitalistischen Schandwirtschaft ein Ende machen,
daß nur diese Diktatur uns aus dem Chaos und Elend
herausbringen kann, daß wir nur auf dem Wege über diese
proletarische Diktatur zum Sozialismus und zur kommu-
nistischen Gesellschaft kommen. Wäre das arbeitende Volk
einig in dieser Erkenntnis und einig in dem Willen, über
alle Hindernisse hinweg mit allen Mitteln diese Diktatur zu
errichten: heute schon wäre der Kapitalismus am Ende seiner
Kraft, morgen befände die Arbeiterklasse die politische Macht
und die Bahn wäre frei für den Aufbau des Sozialismus.

Wir sind noch nicht so weit. Nur die der
kommunistischen Internationale angehörende Vereinigte Kom-
munistische Partei ist gewillt, diesen Weg zu gehen, den das
gesamte Proletariat wird gehen müssen. Die Bourgeoisie
wird uns diesen Schritt aufzwingen, weil sie uns nur die
Wahl läßt: bürgerliche oder proletarische Diktatur, Hunger,
Entbehrung und Tod oder aber Revolution, Sturz der Bour-
geoisie und Aufrichtung der proletarischen Macht.

Das Bürgertum rüstet national und international zu
neuen Schlägen. In wenigen Monaten wird das Welt-
kapital einen neuen kapitalistischen Kreuzzug gegen Sowjet-
rußland, gegen unsere russischen Brüder antreten. In
Wochen oder in Tagen schon wird die militärische Konter-
revolution von Bayern oder von Ostpreußen aus ihr Haupt
erheben und die schöne „Demokratie“ in Trümmer schlagen,
die nur dazu diente, den deutschen proletarischen Krieg ein-
zulullen.

In dieser Situation sind zum 20. Februar in ganz
Preußen

Neuwahlen zum Preussischen Landtag, zu allen
Provinziallandtagen und zu den Kreistagen
ausgeschrieben worden.

Dieser Wahlkampf wird ohne Zweifel vom Bürgertum
wie von den reformistischen Scheidemännern und den oppor-
tunistischen Rechtsunabhängigen zu einer maßlosen Hebe
gegen die Kommunisten ausgenützt werden.

Wir gehen in diesen Wahlkampf mit den großen be-
freienden Ideen und Gedanken der

Kommunistischen Internationale

ohne jede Illusion, aber gewillt, jede Situation und jeden
Posten in revolutionärem Sinne auszunützen. Wir gehen
in den Wahlkampf mit dem Schlachtruf:

Es lebe die soziale Revolution!

Wir können die arbeitenden Schichten noch nicht zur
Wahl einer proletarischen Räterepublik aufrufen. Ein
Hohn ist es auch, daß wir noch eine besondere preußische
Landtagswahl vornehmen müssen. Es ist nicht unsere
Schuld, daß die sogenannte Novemberrevolution nicht mit
der Bundesstaaterlei ausgeräumt hat. Was trennt den
preussischen Arbeiter von dem Hamburger, dem Bremer,
dem sächsischen, dem Braunschweiger Proletariat? Fort
mit diesen sinnlosen, kostspieligen Einzelstaaten und ihren
besonderen Ministerien! Her mit der einheitlichen deutschen
sozialistischen Räterepublik!

Die bürgerliche Konterrevolution, die sich in Bayern
schon fest eingespielt hat, will bei den Wahlen auch Preußen
erobern und dann das alte preussische Infanterieregiment wieder
errichten. Die bürgerliche Mehrheit der Preussischen Landes-
versammlung hat mit Hilfe der Rechtssozialisten die preussische
Verfassung mit ihrer ersten Kammer zu einem Spottgebilde
der Demokratie gestaltet. Das alte Herrenhaus hat in dem
preussischen Staatsrat seine Auferstehung gefeiert.

Wie in der Nationalversammlung hat auch in der
Preussischen Landesversammlung eine bürgerlich-rechtssozia-
listische Koalitionsregierung alles getan, um die in der No-
vemberrevolution ins Bankrott geratene bürgerliche Staats-
macht wieder zu befestigen. Die Heine, Hirsch und
Südekum haben nicht nur Kapp, Wittich und Winnig,
sondern auch der neuen, der kommenden Konterrevolution
den Weg bereitet. Trotz des Ordeschwerbotes ist das gesamte
Bürger- und Junkertum schwer bewaffnet. Der meinedige
Hauptmann von Kessel spaziert stolz in Berlin. Die
Mörder von Liebknecht und Rosa Luxemburg hat man bis
heute nicht gefunden. Denkt an Marloh, Kessel und die
freigesprochenen Marburger Studenten! Denkt an die
Muschelmörder! Denkt an die vielen Opfer des weißen
Terrors! Militarismus ist Trumpf in unserer Republik!
Der fahnenflüchtige Wilhelm wartet in Holland nur auf
seine Rückkehr. Während Hunderttausende nicht wissen, was
sie essen, nicht wissen, wie sie sich kleiden sollen, schenkt
man diesem Weltverbrecher Millionen und Abermillionen.
Das von dem rechtssozialistischen Minister Südekum vor-
gelegte Entschädigungsgesetz für den Hohenzollerndefektor
war ein zum Himmel schreiender Skandal. Anstatt diesen
Ramm vor ein Revolutionstribunal zu stellen, wirft man
ihm und seiner Familie Hunderte von Millionen ins Aus-
land nach, schenkt ihm über einhundert Schlösser!

Zimmer noch werden in Preußen von der bürgerlich-
rechtssozialistischen Mehrheit Millionen vergeudet für die
Geistlichen schwarzer und blauer Fakultät. Immer noch ist
die Kirche eine Staats Einrichtung und damit ein Herrschafts-
instrument der herrschenden Klassen. Die Schule ist wie
zu Wilhelms Zeiten eine Verbummungsanstalt, die man der
liberalen Reaktion ausgeliefert hat. Die Universitäten
sind wahre Hochburgen der Reaktion, Zentren der mili-
taristischen Konterrevolution. Die Bürokratie ist nach wie
vor in den Händen monarchistischer, reaktionärer Beamten.

Die Klassenjustiz wirkt nach wie vor im freiesten Lande
der Welt. Alle entscheidenden Posten in der Justiz sind
nach wie vor Monopol der Bourgeoisie. Die Agrarpolitik
der Regierung Braun-Severing lief darauf hinaus, den
Großgrundbesitzern, diesen allen preussischen Herren, nur
nicht wehe zu tun. Die Landarbeiter aber hungern weiter.
Die Lohnpolitik der Regierung spottet jeder Beschreibung.
Während die unteren und mittleren Beamten nicht wissen,
wie sie auskommen sollen, werden den höheren Beamten in
unverantwortlicher Weise große Gehälter gezahlt.

Anstatt vom Staat aus das zerstörte Wirtschaftsleben
in die Hand zu nehmen, blüht die „freie Wirtschaft“, so
daß eine halbe Million Arbeitsloser auf den Straßen liegen.

Die Teuerung wird immer schlimmer und die Re-
gierung zeigt sich völlig unfähig, dem immer größer werden-
den Elend zu steuern.

Klassenpolitik und Klassenhaß, wohin wir blicken! Und
trotzdem werden alle bürgerlichen und scheinsozialistischen
Parteien im Wahlkampf wieder alles mögliche versprechen.
Männer und Frauen! Laßt Euch nicht täuschen!
Glaubt nicht den Lügen. Erkennt Euren Feind!

Nur die Kommunisten sind ernstlich gewillt, Eurer
Not abzuhelfen. Nur der Kommunismus ist imstande,
das zerstörte Wirtschaftsleben wieder zu höchster, gesteigertster
Produktion zu entfalten.

Wir Kommunisten wenden uns deshalb an die breiten
Schichten des schaffenden Volkes. Wir wenden uns be-
sonders an die Frauen, an die hungernden Beamten, Kauf-
männischen und technischen Angestellten, an die Eisenbahner,
an die Hunderttausende der darbenenden Arbeitslosen, an das
Landproletariat, an alle, die von ihrer Hände oder ihres
Kopfes Arbeit leben.

Nur der Kommunismus wird Euch aus Eurer Not
befreien. Nur der harte und unerbittliche Kampf für Eure
Klasse und gegen Eure Klassenfeinde, nur die Zertrümmerung
des heutigen Klassenstaates, nur der Sturz der Bourgeoisie,
nur die proletarische Diktatur, nur die kommunistische Inter-
nationale werden die Menschheit aus dem kapitalistischen
Joch befreien. Vorbedingung ist aber: Rückichtsloser Kampf
gegen alle Feinde des Volkes, gegen alle Feinde der
arbeitenden Schichten. Der Stimmzettel wird uns nie und
nimmer den Sieg bringen. Nur durch schwere und ernste
Kämpfe, in denen jeder Proletarier sein Bestes hergeben
muß, wird es uns gelingen, die Bourgeoisie niederzuringen.

Die bevorstehenden Wahlen sind uns ein Mittel, die
leidenden Massen aufzurütteln, die noch herrschenden Illu-
sionen zu zerstören und damit die Grundlage zu schaffen für
die große weltgeschichtliche Auseinandersetzung zwischen Kapital
und Arbeit: Klare Erkenntnis der Situation, klare Einsicht
für die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes mit der
herrschenden Bourgeoisie! Nicht um Reformen und kleine
Verbesserungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft handelt
es sich. Nein, der Kampf geht ums Ganze! Es gilt, den
Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten und den
Sozialismus zur Tat werden zu lassen.

Die Wahlen am 20. Februar müssen deshalb durch die
Stimmabgabe für die K. K. P. D. eine große Kundgebung
werden

- gegen die bürgerliche Gesellschaft,
- gegen den Kapitalismus,
- gegen die bürgerlichen Parteien,
- gegen die Rechtssozialisten, die Handlanger des
Bürgertums,
- gegen die schwankenden, durch ihre Halbheiten
konterrevolutionär wirkenden rechtsunabhängigen,
für den Sozialismus,
- für den unerbittlichen Kampf gegen das Kapital,
für die soziale Revolution,
für die Diktatur der Werktätigen und Schaffenden,
für die Weltrevolution,
für die kommunistische Internationale!

Die Zentraleitung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

17. 1. 21

Das Proletariat-Massaker in Flensburg.

Die Zahl der Toten hat sich auf 14 erhöht.

Kampfsignale.

Immer tiefer wird die Erbitterung unter den Proletariern. Wirtschaftliche und politische Bedrückung peitschen den Horn der Arbeiter auf.

Die Aussicht, in den verheerenden Strudel des zusammenbrechenden Kapitalismus gerissen zu werden, härtet in den Massen den Willen zur Aktion.

Unter den Beamten gärt es. Die Bergarbeiter rüsten zum Schlag.

In dieser Situation des ansteigenden Aktionswillens der Massen wagt die Bourgeoisie eine furchtbare Provokation. Die Schutzpolizei in Flensburg versuchte unseren Genossen Hoffmann zu Spießdiensten zu mißbrauchen. Er lehnte es ab und wird in der nächsten Nacht in die Kaserne geschleppt und erschossen.

Seine Beerdigung wird zu einem gewaltigen Protestschrei von 15 000 bis aufs Blut gereizten Flensburger Arbeitern. Die Erregung läßt sie nicht still auseinandergehen. Nach der Beerdigung findet eine Versammlung statt. Am Abend treffen sich laufende Proletarier abermals zu einer Demonstration vor der Kaserne, in der ihr Führer ermordet wurde. Wie am 13. Januar des vorigen Jahres in Berlin, so benutzten in Flensburg die Weisgardisten die Gelegenheit zu einem Blutbad unter den Arbeitern. Sie wollten wie vor einem Jahre ausprobieren, ob die Verhältnisse bald wieder ein Loschlagen gestatten.

Sie konnten zufrieden sein mit dem Erfolg ihrer Schandtata. Rechtssozialisten und Unabhängige haben sofort den Proletariern den Rücken gekehrt. Noch in der gleichen Nacht ließen die Rechtssozialisten in Flensburg ein Flugblatt drucken, das strenge Bestrafung der Aufwiegler fordert. Gemeint sind damit die Flensburger Proletarier, deren Führer eben ermordet wurde und die mit ihrem Blut ihren Willen bezeugten, diese ruchlose Tat nicht stumpf hinzunehmen.

Die Unabhängigen wollen nicht hinter den Rechtssozialisten zurückbleiben, wenn es gilt, Arbeiter zu verraten. Sie faßten in Flensburg zusammen mit dem Vorstand der SPD. und dem Gewerkschaftsstellvertreter folgenden Beschluß:

- 1. angesichts dieser Tathaten gibt es für uns kein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten mehr.
2. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß angesichts des Angriffs auf die Kaserne einer aus unverantwortlichen Elementen bestehenden Menge das Verhalten der angegriffenen und bis aufs Blut gereizten Polizeibeamten verständlich und gerechtfertigt erscheinen läßt.

Die Reaktion schließt sich immer fester zusammen zum Kampf gegen das Proletariat. Die Arbeiter selbst stehen ihrem Feind zerrissen, von ihren Führern verraten, gegenüber.

Die Proletarier werden darüber gründlich nachdenken müssen. Die Kommunisten haben die Pflicht, jedem Klassen-genossen, der heute noch nicht in unserem Lager steht, die Wahrheit über die rechtsstehenden Führer ins Gesicht zu schreiben.

Die Kommunisten haben die Pflicht, die Proletarier über die Köpfe der Führer hinweg zusammenzuschließen im Kampf gegen die Bourgeoisie und in der Abwehr gegen den weißen Terror, im Kampf um

die Bewaffnung des Proletariats.

Die Verräter.

Meldung: Am 5. d. Mts. tagte in Flensburg eine von 400 Delegierten besuchte Sitzung der Vorstände der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, sowie der Unabhängigen und von Vertretern der Betriebsräte. Wie dem „Vorwärts“

berichtet wird, wurde mit sämtlichen gegen 9 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der jegliches fernere Zusammenarbeiten mit den Kommunisten abgelehnt und zum Ausdruck gebracht wird, daß das Verhalten der bis aufs Blut gereizten Sicherheitspolizei verständlich und gerechtfertigt erscheine. Außerdem wurde die Auflösung des revolutionären Arbeitlosenrats und die Wahrnehmung der Interessenvertretung der Arbeitlosen durch Vertreter der freien Gewerkschaften gefordert.

Der Bezirksverband der sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins hat zu gleicher Zeit einen Aufruf im gleichen Sinne wie die Flensburger Partei und die Gewerkschaftsfunktionäre erlassen.

Die Komödie der Mörder.

In der Sitzung des Hauptausschusses der preussischen Landesversammlung erwiderte Minister Severing auf das Verlangen nach Auskunft über den Fall Flensburg, daß der moralisch Verantwortliche für die traurigen Vorfälle der Denunziant selbst sei, der von der Polizei in Flensburg nicht angestellt sei. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei, v. Plüskow, habe ohne Fühlungnahme mit der Polizeiverwaltung Hausdurchsuchungen vorgenommen, die ohne Ergebnis verlaufen sind. Der Oberpräsident und der Regierungspräsident hätten sofort eine Untersuchung eingeleitet. v. Plüskow, sowie die beiden anderen beteiligten Polizeibeamten seien vom Dienste suspendiert.

In Flensburg herrscht jetzt Ruhe. Die Verteidigung der Kaserne durch die Sicherheitspolizei billigte der Minister ausdrücklich, sowohl was das lange Zögern als auch den Gebrauch der Waffen anbetrifft.

Der Severing billigt also die Ermordung der Proletarier durch die Sipo.

Arbeiter, merkt Euch das!

Der Verrat an den Eisenbahnern.

Meldung: Die Eisenbahner-Organisationen haben am Donnerstag vormittag ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen des Sechzehner-Ausschusses mit dem Reichsverkehrsministerium ausgesprochen. Die von der Regierung bewilligten Forderungen betragen pro Jahr eine Aufwendung von 3 1/2 Milliarden Mark. Die Auszahlungen sollen mit Vertheilung bis zum 15. Februar durchgeführt werden.

Die Vertreter der Reichspostbeamten haben nach Bekanntwerden der Einigung der Eisenbahner mit dem Reichsverkehrsminister dem Reichspostminister eine Mitteilung zugehen lassen, wonach sie mindestens dieselben Feuerungszulagen für sich beanspruchen, wie sie den Eisenbahnern gewährt worden sind. Der Reichspostminister erklärte, daß diese Erhöhungen nach einer früheren Erklärung des Reichsfinanzministers für die Post allein eine Jahresmehrausgabe von 2 bis 3 1/2 Milliarden Mark seien, die nur durch eine entsprechende Tarifserhöhung zu decken wären.

Streiks.

In Bochum, Dortmund, Essen und Duisburg sind die Elektromonteur in Streik getreten.

Ultimatum der Arbeiter in Hamborn.

Meldung: Auf die Ankündigung der Werkleitung der August Thöppen-Hütte in Hamborn, das Werk still zu legen, falls sich nicht genügend Arbeiter melden, haben die Werkarbeiter ein 48 stündiges Ultimatum an die Werkleitung gerichtet, die Forderungen zu bewilligen, andernfalls auch sämtliche Schachtanlagen in den Sympathiestreik eintreten würden. Die Lage ist äußerst gespannt.

Arbeitslosen-Demonstration in Hamburg.

W.F. meldet vom 5. Januar aus Hamburg: Erwerbslose versuchten in Demonstrationen nach dem Rathaus vorzudringen, um dort durch eine Abordnung ihre Forderungen vorbringen zu lassen, sie wurden aber an den Zugangsstreifen durch Postenketten und Patrouillen der Polizei zurückgehalten und zerstreut. In der Steinstraße kam es zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei. Dabei wurde ein Polizist verprügelt und ihm sein Gewehr entziffen, ein Oberleutnant trug durch drei Messerschläge in Hals, Brust und Seite schwerere Verletzungen davon. Im übrigen ist es nirgends zu Unruhen gekommen.

So berichtet das amtlich unterrichtete Volksbüro. Es erweckt den Anschein, als ob die Erwerbslosen gewalttätig gewesen wären und die Polizei harmlos. Wenn Postenketten und Patrouillen die „Masse zerstreuten“, so weiß der Arbeiter schon aus langjähriger Praxis, was darunter zu verstehen ist. Der bekannte Gummimittel ist das zarteste Instrument dabei. Monarchische Demonstrationen, bewaffnete Zusammenkünfte der Ordege werden nie „zerstreut“, sie werden höchstens „beobachtet“. Aber Arbeitslose muß die heute herrschende Reaktion zerstreuen. Die dürfen nicht ans Rathaus kommen.

Auch in Leipzig und Chemnitz fanden Erwerbslosen-Demonstrationen statt, die ohne Zwischenfall verliefen.

Die renitenten Bauern.

Im Dorfe Pirschfeld bei Liebenwerda verjagte eine aus 500 Personen bestehende Menge, die mit Dreschlegeln, Beilen und Jagdgewehren bewaffnet war, die Beamten der Sicherheitspolizei und der Reichsgeländereise, welche mit der Eintreibung von Brotgetreide beauftragt waren. Der Gemeindevorsteher als Hauptanführer wurde sofort von seinem Amte entsetzt. Gegen alle übrigen Beteiligten wurde ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet.

Sie werden freigesprochen werden — sind es doch keine Arbeiter!

Die Hoffnung der Reaktion.

Wilhelm von Doorn ist derartig blamiert vor der Weltgeschichte, daß nicht einmal die exreaktionärsten Monarchisten in Preußen im Ernst daran denken können, ihn wieder auf das Schloß erheben zu können. Die stille Hoffnung der Hofgesellschaft, der Gardeoffiziere, der deutschen nationalen Politiker und ähnlichen Gelichters ist der frohliche Willy von Bieringen, der Schwarm aller halbkreuztragenden Jungfrauen: der Kronprinz. Die reaktionäre Presse beginnt allgemach, ihn der Leserschaft als Wunder aller Tugenden vorzuführen. In der „Deutschen Zeitung“ beschwagt ihn Herr von Gräfe-Golbebee und in der „Täglichen Rundschau“ wird „das Urteil eines Historikers“, des Dr. Friedrich Timme, abgedruckt. Demnach ist der Kronprinz, der in Holland in größter Bedrängnis lebt, seinen Pelz verhöhlet und die Schmudsfachen seiner Frau versehen muß, ein feiner Kerl. Wie auf den schwachen Kurfürsten Georg Wilhelm der Große Kurfürst, wie auf den beschränkten Tyrannen Friedrich Wilhelm der Alte Fritz, so folgt das Genie des Kronprinzen auf den „unlätigen Wilhelm den Zweiten“. Er ist ein neuer Friedrich der Große, er ist ein gerechter Aristides, er ist ein Dante, er wäre der Vertreter eines freiherrlichen und sozialen Kaiserthums geworden. Ach wie schade, daß er seine Hoffnungen noch auf eine Weile verlagen muß.

Diese Lobhudelei für den geistlosen Windhund und Schürzenjäger ist natürlich nicht zufällig. Die wachsende Reaktion braucht für ihre hornierten Anhänger einen neuen Popanz und sie bereitet allmählich den Boden mit monarchistischen Ammenmärchen und verlogenen Personenkultus vor.

Seitläge für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.

Die gegenwärtige Tätigkeit der Gewerkschaften in der Zeit des Verfalls der kapitalistischen Wirtschaft gleicht der Arbeit jenes sagenhaften Sisyphos, der im Schwitze seines Angesichts einen Stein den Berg hinaustrollt mit dem Ergebnis, daß er oben angelangt, wieder den Berg hinabrollt. Das muß anders werden. Die deutschen Gewerkschaften zählen heute 9 Millionen Mitglieder, und diese 9 Millionen sind bisher nicht imstande gewesen, durch ihre gewerkschaftliche Tätigkeit die absolute Verelendung der gesamten Arbeiterschaft anzuhalten.

Die Gewerkschaften sind entstanden aus den Bedürfnissen der Arbeiterklasse, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen unmittelbar zu verbessern.

Diese Aufgaben erfüllen die Gewerkschaften in Westeuropa in jenem Abwärtsschritt der kapitalistischen Entwicklung, in dem das stämmige Wachstum der Industrie und des Handels die Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt Europas anzog, so daß die von der Industrie gebrauchten Arbeitskräfte mittels ihrer gewerkschaftlichen Organisation den Arbeitsmarkt so beeinflussten, daß sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln konnten durch fortwährenden hartnäckigen Kleinkrieg. Die soziale Existenz der kapitalistischen Lohnarbeiter wurde dadurch im großen ganzen sichergestellt.

Dieser Kampf in der sogenannten friedlichen Epoche des Kapitalismus ist von Anfang an ein rein Arbeiterkampf.

Die heftige Gegenwehr der kapitalistischen Staatsmacht und des kapitalistischen Unternehmers gegen die Gewerkschaften hatte demnach nicht die Folge, daß etwa die Gewerkschaftsbewegung die Entwicklung des Kapitalismus gehemmt hätte. Die durch den gewerkschaftlichen Kampf erzielte bessere Existenz breiter Arbeitermassen wurde vielmehr eine der stärksten

Voraussetzungen der Entfaltung des westeuropäischen Kapitalismus.

Die einigermaßen auskömmlich entlohnten qualifizierten Lohnarbeiter bildeten die Träger der technischen Entwicklung des modernen Kapitalismus.

So wurden die Gewerkschaften trotz aller Gegenfähigkeit zu den kapitalistischen Machtorganen ein wichtiger Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft. Jetzt beim Zusammenbruch der Wirtschaft durch den Krieg und die Nachkriegswirtschaft werden sie zu dem festesten Bollwerk der kapitalistischen Wirtschaft und Herrschaft, weil sie den wichtigsten Teil der deutschen Arbeiterklasse in den Dienst der Erhaltung der kapitalistischen Macht stellen. Im Krieg wurden die Gewerkschaften offen in den Dienst der Kriegspolitik der kriegführenden Kapitalistenklasse gestellt. Ebenso werden sie nach dem Krieg durch die Arbeitsgemeinschaft in den Dienst der Aufrechterhaltung der unerträglichen kapitalistischen Ausbeutung gestellt.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die wahnwitzige Teuerung, die Wohnungsnot, die Arbeitslosigkeit treiben die arbeitenden Massen in den schärfsten Kampf gegen den Kapitalismus. Dieser Kampf nimmt immer mehr revolutionäre Formen an. Das Proletariat fühlt mehr oder weniger deutlich, daß nur der Sturz der kapitalistischen Staatsgewalt und die Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung einen Ausweg aus dem namenlosen Elend bringen kann. In diese dadurch entzündeten Kämpfe trägt die Gewerkschaftsbürokratie im Augenblick des Kampfes Zwietracht in die Reihen der Kämpfer. Die Bürokratie, die in den Arbeitersinnlosen mit den Unternehmern paludiert, hat heute noch im großen Umfange die Anwendungsgewalt über Millionen Gewerkschaftler, diese Bürokratie wird gestützt durch die neue kapitalistische Staatsmacht und die fremdbürgerlich zaghafte Angst vor dem empfindlichen Klassenkampf durch die Gewerkschaftsmäßigkeiten. Die Gewerkschaften haben in allen Ländern nach dem Kriege

Millionen von Arbeitern neu aufnehmen können, die alle eingetreten sind in der Hoffnung, daß die Gewerkschaft helfen würde, ihre unerträglichen Existenzverhältnisse zu bessern.

Die Massen fühlen sich in ihren Hoffnungen getäuscht. Die Gewerkschaften sind aber heute die stärksten proletarischen Massenorganisationen. Es ist daher Pflicht der Kommunisten, in den Gewerkschaften zu wirken, um sie zu revolutionären Kampforganisationen zu machen. Für die Arbeit in den Gewerkschaften gilt es im Rahmen folgender Richtlinien tätig zu sein:

I.

Bei Lohnkämpfen ist es Aufgabe der Kommunisten, für energische Durchführung der Bewegung sich einzusetzen. Obgleich jede Lohnserhöhung heute im günstigsten Falle nur eine ganz vorübergehende Vinderung der Vorklage der betreffenden Arbeiterkategorie bringen kann, müssen die Kommunisten an vorderster Stelle gegen das Unternehmertum kämpfen. Nur wenn die Kommunisten in den Lohnkämpfen ihre ganze Kraft für die Verwirklichung der Forderungen einsetzen, können sie wirksam auf das Unzulängliche der bloßen Lohnserhöhungen hinweisen und in der Arbeiterschaft für weitergehende Kämpfe: um die Produktionskontrolle, um die Eingliederung der Arbeitslosen und die Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse überhaupt, in den Gewerkschaften wirken.

II.

Die Lohnbewegungen der Gewerkschaften werden heute fast alle durch Abschluß eines Tarifvertrages, oder durch Schiedssprüche von Schiedsgerichten beendet. Es ist Aufgabe der Kommunisten, klar darauf hinzuweisen, daß heute, in der Zeit des kapitalistischen Verfalls, jeder Tarifvertrag und jeder Schiedsspruch ein Ausfluß der Schwäche im Sinne des Endkampfes der Arbeiter ist.

(Fortsetzung folgt.)

Basel für die Dritte Internationale.

Die Baseler Organisation der Schweizer Sozialdemokratie nahm kürzlich Stellung zu den Beschlüssen des Berner Parteitag.

Cürung unter den französischen Eisenbahn- und Postbeamten.

Als Protest gegen die Schikanen der Verwaltung be- finden sich die Postbeamten Frankreichs in passiver Resistenz.

Die französischen Arbeitslosen schreiten zur Tat.

In Paris fand kürzlich eine Versammlung der arbeits- losen Metallarbeiter statt. Nach einem Referat des Genossen Tomassi wurde eine Resolution angenommen.

Der tägliche Arbeitermord in Italien.

Wieder kommt die Nachricht von einem mörderischen Ueberfall der Weißgardisten auf italienische Proletarier.

Verhärfung des ungarisch-österreichischen Konfliktes.

Gorthytruppen an der west-ungarischen Grenze.

Die Uebergabe der westungarischen Gebiete, die nach dem Trianon-Vertrag Deutsch-Österreich zufallen, soll spätestens Anfang März durch Vermittlung einer Kommission von 500 Ententeoffizieren erfolgen.

Wie der Wiener Korrespondent des „Berliner Tage- blattes“ meldet, liegen offiziellen Stellen bedeutende Dokumente vor, aus denen militärische Angriffsabsichten Gorthy-Ungarns hervorgehen.

Polizei und Arbeitslose in England.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeits- losen wurden nach einer Blättermeldung 6 Polizisten und 10 Arbeitslose verwundet.

In Islington versuchten Arbeitslose sich des Rat- hauses zu bemächtigen. Die Polizei zerstreute die Menge durch Stockschläge und nahm etwa 20 Verhaftungen vor.

Republik Deutschland

Wer zahlt die direkten Steuern?

In den Köpfen sehr vieler selbst ehrlich revolutionärer Arbeiter spukt auch heute noch die Vorstellung, als ob es möglich sei, durch steuerpolitische Maßnahmen die bestgehenden Klassen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu den öffent- lichen Lasten heranziehen zu können und zwar durch direkte Steuern.

Gothein bestätigt mit seinen Ausführungen das, was wir Kommunisten immer gesagt haben, daß nämlich jede Steuer im kapitalistischen Staat, ganz gleichgültig, ob sie nun als direkte oder indirekte firmiert, lediglich die breiten Massen der Bevölkerung in Form einer Verteuerung des Konjums um mindestens die Höhe des Steuerertrages treffen muß.

Schlechterung ihrer Klassenlage, weil die Unternehmer nicht nur durch Preiserhöhungen, sondern gleichzeitig auch durch Zusammenschlüsse und damit Ausschaltung der Konkurrenz untereinander, durch ständige Nationalisierung des Pro- duktionsprozesses überhaupt ihre gewohnten Profite sichern.

Die Konsequenz für die kommunistische Steuerpolitik aus diesem Kreislauf kann nur in der Ablehnung jeder Reichs- steuer bestehen. Das Proletariat muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß heute auch die Steuerpolitik nichts als ein Mittel der Bourgeoisie ist, die Ausbeutung des Proletariats unter sozialem Deckmantel auf das denkbar höchste Maß zu steigern.

Und in der jetzigen Situation läuft eine solche Politik nur auf die Verlängerung des augenblicklichen labilen Kräfteverhältnisses zwischen der Bourgeoisie und dem Pro- letariat auf Kosten des letzteren hinaus.

Attentat auf das Streikrecht.

Der großindustrielle Kommerzienrat v. Borstig hat grundsätzliche Betrachtungen an den letzten Berliner Streiks angestellt und kommt dabei zu folgenden Vorschlägen, die er als Grundlage eines geregelten Streikrechts an Stelle des herrschenden Streikunrechts bezeichnet.

„Mit mahnenden und warnenden Worten wird man die gemeingefährlichen wilden Streiks nicht aus der Welt schaffen. Dazu bedarf es gesetzlicher Maßnahmen, die, ohne das Recht der wirtschaftlichen Selbsthilfe zu unter- binden, unter allen Umständen verhindern, daß Arbeiter gegen ihren Willen aus Lohn und Brot gebracht und Un- beteiligte betroffen werden.“

- 1. daß die Anrufung der wirtschaftlichen Schlichtungs- instanzen für heisse Wirtschaftsfaktoren obligatorisch ist, 2. daß im Falle der Ergebnislosigkeit des Schiedsver- fahrens der Streik erst nach Ablauf einer Sperrfrist, von der Beendigung des Schiedsverfahrens an gerechnet, begonnen werden darf, 3. daß lebenswichtige Betriebe (Gas-, Wasser- und Elek- trizitätsbetriebe) überhaupt nicht bestreikt werden dürfen.

Die revolutionäre Arbeiterchaft wird sich mit allen Mitteln gegen dieses Attentat wenden müssen!

Kinderelend in Preußen.

Mit „Kinderhilfe“ und „Kinder in Not“ wird zur Zeit allerhand Stimmung gemacht. Man appelliert an die private Wohlthätigkeit, weil die Organe von Staat und Gemeinden nicht an ihre Pflicht der Kinderfürsorge herangehen können, so lange wohl Milliarden für Reichswehr und „Sipo“ oder „Stapo“ wie sie jetzt heißt — vorhanden sind, aber jegliche Mittel fehlen zur Linderung der durch das vierjährige Massen- mordern hervorgerufenen Not.

Table with 2 columns: Year and Number of children. 1913: 32350 Kinder; 1918: 68223 Kinder.

Eine noch weit größere Zahl von Kindern ist durch jahre- lange Unterernährung, mangelnde Kleidung, durch Kälte und gestörte Nachtruhen — wieviele Kinder haben überhaupt noch ein Bett? — rächtlich, siech und elend geworden.

Wie man angesichts dieser furchtbaren Not noch mit dem Appell an die Wohlthätigkeit der Schieber und Wucherer, die doch in der Hauptsache an ihrer Verschärfung beigetragen haben, glaubt auskommen zu können, ist uns unerfindlich.

Das Abstimmungsreglement in Oberschlesien.

Die Interalliierte Kommission in Deuthen hat ein Reg- lement für die Abstimmung in Oberschlesien herausgegeben. Danach sind abstimmungsberchtig alle Personen, ohne Unter- schied des Geschlechts, die am 1. Januar 1921 dem 20. Lebens- jahr vollendet haben und in Oberschlesien geboren sind, sowie alle, die seit dem 1. Januar 1904 oder früher in Ober- schlesien wohnen.

Die Abstimmungsergebnisse werden gemeinbeweise festge- stellt, wobei die kleineren Gemeinden zusammengelegt werden. In den einzelnen Wahlbezirken werden paritätische Wahlaus- schüsse aus den Vertretern der deutschen und polnischen Parteien gebildet.

Die Ausschüsse werden am 10. Januar eingerichtet. Am 14. Januar beginnt die dreiwöchige Frist für die Eintragung in die Stimmlisten. Am 3. Februar ist Schluß der Ein- tragung. Am 6. Februar beginnt die Auslegung der vor- läufigen Stimmlisten. Am 17. Januar läuft die Frist für die Einreichung von Einprüchen ab, am 3. März die Frist für die Entscheidungen des interalliierten Büros.

Die deutsche bürgerliche Presse hat noch vor der amt- lichen Veröffentlichung des Reglements eine großartige Hetz- veranlassung. Es wurde über das Reglement nach dem „Diktat von Korfanty“ gellagt. Der Zweck der Hetze war: allzu durchsichtig. Denn formell, nach dem Buchstaben des Versailler Vertrages, ist die Entente vollkommen im Recht.

Die Entente verfolgt ihre alte Politik in Oberschlesien weiter. Sie sucht durch Konzessionen an beide Teile das Ergebnis möglichst unentschieden zu gestalten; denn das so- genannte „Selbstbestimmungsrecht“ des Versailler Vertrages ist für die Entente nur eine Handhabe, um einen Druck so- wohl auf Polen wie auf Deutschland ausüben zu können.

Die obereschlesische Arbeiterchaft hat keinen Anlaß, die Geschäfte der Bourgeoisie zu besorgen. Sie hat keinen An- laß, über die Ungerechtigkeit des Reglements zu klagen. Die Arbeiterchaft weiß, daß auch das beste Reglement ihr nichts nützt. Sie weiß, daß dieses „Selbstbestimmungsrecht“ nur dazu dient, um den Rußhandel, den die Entente, sowie die deutsche und polnische Bourgeoisie mit den obereschlesischen Arbeitern treiben, zu verschleiern.

Die deutsche Regierung hat der Vorkonferenz in Paris eine Note übermittelt, worin sie dagegen protestiert, daß die in Deutschland wohnenden Oberschlesier später als die anderen abstimmen sollen. Es würde dadurch ermöglicht, daß die ersten Teilergebnisse die weiteren Abstimmungen beeinflussen. Es könnte ferner leicht zu Gewalttaten kommen.

Gewerkschaftliches.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller. (18. Fortsetzung.)

10. Aus der Praxis der Arbeitsgemeinschaften.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß seit Bestehen der Arbeitsgemeinschaften die Unternehmer glänzende Ge- schäfte machen konnten; wenigstens eigneten sie sich einen ungeheuren Papierreichtum an, mit dem sie, solange er noch etwas gilt, sich an der Macht behaupten und das werklätige Volk der Verelendung nahe bringen. Daß diese Zustände zum erheblichen Teil auf das Wirken der Arbeitsgemein- schaften zurückzuführen sind, d. h. daß die Gewerkschafts- bürokratie mit Schuld an diesen Zuständen ist, haben selbst bürgerliche Vertreter und Zeitungen festgestellt.

Alfons Horten, früher Leiter des Thyssen-Konzerns, schreibt in seinem Buche „Sozialisierung und Wiederaufbau“: „Die Arbeitsgemeinschaft wird von starken Teilen der Arbeiterchaft abgelehnt, weil man erkannt hat, daß sie eine hauptsächlich von der Schwerindustrie geschaffene Einrichtung ist, um unter sozialem Dekamantel privatkapitalistische Interessen zu fördern.“

Die Schwerindustrie fand schnell den Weg zur neuen (Revolutionen-) Regierung, indem sie sich mit den Gewerkschaften einigte (Arbeitsgemeinschaft). Sie versuchte, mit Hilfe einiger gutgläubiger Arbeiter- führer eine Beeinflussung der neuen Männer auszuüben, ähnlich, wie sie es vorher mit dem Großen Hauptquartier gekonnt hatte. Sie erreichte auch, daß dem Reichswirt- schaftsrat, in dem ein demokratischer Geist wehte, das Best aus der Hand gewonnen wurde, indem auf Drängen einiger Gewerkschaftsführer die Gründung des Demobilisierungsamtes von der neuen Regierung gub- geheßen und auf Vorschlag der Schwerindustrie der bis- herige Chef der Kriegsvorratstoffabteilung des Kriegs- ministeriums, Dr. Röh, dessen Politik in der Kriegszeit ihr günstig gewesen war, zum Leiter des neuen Amtes ernannt wurde. Damit blieb die praktische Wirksamkeit im reaktionären, produzentenfreundlichen, die Wünsche der Konsumenten nicht beachtenden Fahrwasser, was allen guten Willens der übrigen Reichsorgane. Nicht

niedrige Preise, sondern höhere Löhne blieb die Lösung. Die Schraube, welche bis dahin zu immer steigender Feuerung führte, drehte im gleichen Sinne weiter." Die Entwicklung der Dinge hat diesen Ausführungen leider Recht gegeben. Mittels geringer Lohnaufbesserungen haben sich die Unternehmer die Mithilfe der Arbeitervertreter in der Arbeitsgemeinschaft mit wenigen Ausnahmen gesichert und benutzen diese dann geschickt gegenüber der Regierung, um Preiserhöhungen durchzubringen, die weit über das Maß des Notwendigen hinausgehen. So wird der Arbeiter als Vorspann kapitalistischer Interessen zum Schaden der Allgemeinheit und unseres Wirtschaftslebens mißbraucht.

Provinz.

Sylvesterfeier unter — Siposchuß.

Oblau. Uns wird geschrieben: Der hiesige Arbeiter-Gesangverein wurde feinerzeit bei seiner Revolutionsfeier von anwesenden oberschlesischen Flüchtlingen arg belästigt. Als er nun seine Sylvesterfeier begehen wollte, erhielt er plötzlich von Unbekannt einen Drohbrief. (Vermutlich ein Sylvesterschütz.) Die Angst schlotterte allen in den Gebeinen. Jedoch der pfiffige Vorstand wußte Bescheid. Das Telefon arbeitete und — schwerbewaffnete Sipos aus Breslau erschien. Darob allenthalben verbuchte Geschrei. Ist denn wieder ein Putzsch? Wo! Der S. B. D.-Gesangverein feiert Sylvester. Und dies konnte ohne Furcht geschehen, war doch die Gegenpart gesichert. (Pro Mann drei Handgranaten.) Die in

Oblau liegende Garnison diente vermutlich als Reserve. Nun konnten die S. B. D.-Jünglinge frohen Herzens sagen: Es lebe unsere Oberrepublik!

Ortsgruppe Ober-Hermisdorf.

Achtung! Genossen der S. B. D.! Sonntag, den 9. Januar 1921, vorm. 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof zur guten Laune. Referent anwesend. Der Vorstand.

Totales.

Breslau, den 8. Januar 1921.

Achtung!

Montag, abends 7 1/2 Uhr, Aufsichtsratsitzung im Parteilokal.

Achtung! Eisenbahner! Achtung!

Betriebsräte und Fraktion der 3. Internationale, heute Sonnabend den 8. Januar, abends 7 Uhr, im Parteilokal gemeinsame Sitzung.

Der Vorstand der Fraktion und der Betriebsräte F. A. F. D.

Die Wohnungsfuchenden beim Oberbürgermeister.

Eine Vertretung des in der Versammlung im Wingerhäuse gewählten Ausschusses der Wohnungsfuchenden sprach am Donnerstag vormittag bei dem Oberbürgermeister vor. Der Führer der Abordnung überreichte die Forderungen der Wohnungsfuchenden, die sich im wesentlichen darauf beziehen, daß eine besondere, bei dem Wohnungsamt einzusetzende Kommission dem Zugang von auswärtigen Personen und das polizeiliche Melde-

wesen überwachen, sowie bei der Beschlagnahme und der Verteilung von Wohnungen mitwirken soll. Der Oberbürgermeister stellte eine Prüfung der Angelegenheit durch den Magistrat in Aussicht.

Es wird nichts dabei herauskommen.

Es hat geholfen!

Der Magistrat schreibt uns:

Zu dem Artikel „Ein würdiger Vertreter seiner Klasse“ in Nr. 153 Ihres geschätzten Blattes vom 30. November 1920 teilt uns der Wohnungskommissar durch ein Schreiben vom 30. Dez. mit, daß er die Wohnungsverhältnisse des Herrn Steger einer Prüfung unterzogen habe und versuchen werde, ihm die Breslauer Wohnung als Doppelwohnung zu entziehen. Sollte dies nicht möglich sein, so werde er wenigstens die überzähligen Räume für Wohnungslose beschlagnahmen.

Mit Schmierseife angeschmiert.

Unter der Firma G. R. Meier, Frankfurt a. M., Wiesenhüttenplatz 89 und in Schmolz bei Breslau, Seifenfabrik, rät ein Unbekannter im Lande umher und verkauft Schmierseife, die er den Bestellern unter Nachnahme zuschickt. Vielfach werden die Sendungen auch angenommen. Zum Leidwesen der Empfänger merken sie bald, daß sie mit einem wertlosen Brei eingepfist worden sind.

Berichtigung!

In Nr. 5 hat es auf der ersten Seite nicht der Marsch der Kämpfer, sondern der Verrat usw. zu heißen. Dieses ein Versehen ist unter der Rubrik: „Aus der Partei“ im Nachtrag über das Protokoll des Pöller Parteitages aufgenommen worden. Wir haben mit diesem Protokoll der Pölderlinge nichts zu tun.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Fritz Ulbrich; für Inserate: Liebschwager & Meyer.

Druck: Buchdruckerei Pöffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Nur kurze Zeit! Ab Montag, den 10. Januar Der Inventur-Ausverkauf

im Central-Schuhhaus, Reusehstraße 44-45

bietet Ihnen ganz besondere Vorteile.

Wir wollen beweisen, dass wir auch gute Schuhe billig verkaufen.

Wir wollen beweisen, dass wir wie im Frieden auf die Bedürfnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten besondere Rücksicht nehmen.

Zu wesentlich herabgesetzten Preisen kommen zum Verkauf:

Herrenstiefel von M. 110.⁰⁰ an, Damenstiefel von M. 118.⁰⁰ an, Kinderstiefel, genagelt von M. 45.⁰⁰ an.

Alle Filz- und Kamelhaarschuhe sind durchweg im Preise bedeutend herabgesetzt.

Umtausch ausgeschlossen.

Central-Schuhhaus nur Reusehstraße 44-45.

Stadttheater.
Sonnabend 7 Uhr:
Fidelio.

Jobe-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Chalia-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Wildente.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 21. R. 2545
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.

Inventur-Bericht
Nur vom 3.-9. Januar
Erst der billigen Preise
beim Einkauf 10% an
10% Rabatt.

Baumwolle	60
Seidenstrümpfe	1 75
Seidenstrümpfe	1 75
Strümpfe	2 50
Baumwolle	2 95
Seiden	6 95
Strümpfe	7 50
Unterwäsche	7 50
Handtücher	8 75
Handtücher	8 75
Handtücher	9 75
Handtücher	10
Handtücher	10
Handtücher	15
Handtücher	15
Handtücher	15

Reise-Gesellschaft
Reise-Gesellschaft
Reise-Gesellschaft

Volksgarten
Lichtspiele
Michaelstr. 48

Ab Freitag, den 7. 1. 1921.
Nur 4 Tage!

Nic Carter
in dem grossen
Detektivschläger

„Flametti“
I. u. II. Teil zusammen.

I. Teil:
Die
Unschuldigen.

II. Teil:
Das
Gespensterfest

in je 4 grossen Akten
mit
Bruno Eichgrün.

Odertor-
Lichtspiele
Weinstrasse 53 55.

Nur noch heute!
Der I. Teil des grossen
Sensations-Schlägers

Dämon der Welt
fabelhaft Abenteuer
und Zirkusdrama.

Sonntag und Montag
Dämon der Welt

II. Teil
Im Wirbel des
Verderbens

6 hochspannende Akte
von dem legendären Regisseur.
Sonntag 3 Uhr
große Jugend-Veranstaltung

Uhren repariert
Reich, Paradiesstr. 4

Lieblich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gisela Werbezirk
sowie

4 Perez
die Sensation
des großen
Januar-Programms.

Kaiser-Wilhelm-
Theater Garten-
straße 85
nahe dem Hauptbahnhof.

Der gross italienische
Sensationsfilm:
„Mirval“
d. Löwenpeiniger

Verrennende Spannung!
Atemraubende Sensationen!

Die gefährliche
Abenteuerin

Gewaltiger Abenteuer-
und Kriminal-Roman
mit

Maria Widal

Wolff
Lichtspiel

Dämon der
Welt

3. und letzter Teil
Das goldene Gift

6 sensationelle Akte.
Fertig das tolle Lustspiel
Wenn drei eine Hebe

Persönliches Andenken
des Aussehens
Henry Holtan.

Sonntag 3 Uhr
Einkauf

Schauburg
Viktoria-Theater
Neue Taschenstraße

Theater-Schau:
Persönl. Gastspiel
Reinh. Schünzel

Variété-Schau:
Tegethoff
der grosse Illusionist

Me-wu?
Lebende Hände ohne
Körper.

Film-Schau:
Eine Nacht
gelebt im
Paradiese

mit Reinh. Schünzel
u. Wanda Treumann
Ballette.

Billy verheiratet seine
Schwiegermutter.

Kriminal-Sensation
Der
Vergiftungstod
des
Thronfolgers

Tragödie eines ehemal.
Fürstenhauses nach
dem Roman

Die glühende
Kammer

5 Akte. Ferner
Abenteuer-Film
Sträflings-
Ketten

II. und letzter Teil in
5 Akten.

Das Geständnis
vor dem Tode.

Ober-Bayern
Gartenstr. 65

Täglich
die urfidelen
Oberländer

Humor, Stimmung, Gaudi.

Cafe Dessau
früher Central
Dessauer Straße Nr. 2
Ecke Friedr. Wilh.-Str.

Täglich 5 Uhr Konzert
Telephon R. 2834
Paul Buhl.

Salo Tichauer & Co.
Neue Leidenstraße 25 b
Reisestraße 63

Friedr.-Wilhelm-Str. 12
am Hauptplatz

Leistungsfähigste
Schuhwarenhäuser
am Platz.

Frauen
Keine Angst

Bei Ausbleiben u. Stö-
rungen d. Periode. Meist
unübertriff. Mittel bring
einz. u. allein Hilfe. Erfolg
vielf. schon n. einig. Stund
ohne Beruhsstör. Garant
unschädlich. Garnit. 4 Prä-
parate, extra stark 30 M.
Hochwicht. Aufklärungs-
schrift 1.- M. Wieder-
verkäufer gesucht.

Alzona, Berlin, S. 154
Dresdener Str. 70.

Ronkurrenlos
jede Menge
sofort lieferbar. Preis nur gültig
sofort. Kauf, da sehr leicht

• Ia Waschseife •
Doppelstück 4, 4 70 u. 5 M.
100 Stück 390, 450 u. 480 M.

Reinseife
stark 6,00 M.
bei 100 Stück 5,90 M.

Eschstraße 100 Str.
4,50 u. 5 20 M. Rauch-
tabak, 100 Gr. 4 M., Pa-
pfe 18 M., Zigaretten
Zigaretten preisbillig.
Strohwaren, Leinen, 25 m
100 Sterne 53 M.

Lippert, Weissberg, G.

Wiltmetalle
kauft
Jakisch, Neumarkt 26.

Ab 8. Januar beginnt unser inventur-
AUSVERKAUF
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Unsere Schaufenster zeigen
unsere Leistungsfähigkeit.

10-20% Rabatt

M. Metzner & Co.
Seidenhand- u. Strumpfhaus
Reichstr. 53/55 (Hauptplatz)

Wichtig für Schneider u. Schneiderinnen!
Wichtig für Händler, Hausfrau u. Wiederverkäufer!
Maschinengarn, garantiert 200 Meter,
keine Papier, Rolle nur 2.00 Mk. II

Versand nach Auswärts per Nachnahme,
Erich Fränkel, Breslau 5, es gibt u. es detail
Grüschowstr. 71 Eingang Bahnh. 2

(offener Laden) Hallesche der Linie 10 (Grüb-Strasse.)



Inventur-Ausverkauf
vom 8. bis 15. Januar.

Auf sämtliche Artikel
20% Rabatt

in ungar. Hüten.
Grosser

■ Serienverkauf ■
M. Tichauer

Reusehstrasse 47/48.